

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

140 (20.6.1906) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementpreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Duffenstraße 24. Telefon: Nr. 123. — Postzeitungsliste: Nr. 5144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Sozial-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Geborene Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 1 Uhr.

Nr. 140. Erstes Blatt. Karlsruhe, Mittwoch den 20. Juni 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfasst Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Wahlreform oder Generalstreik?!

Das ist jetzt die Lösung in Oesterreich. Die Drohung mit dem Massenstreik hat schon einen Erfolg gezeitigt: Der Wahlreform-Ausschuss der Kammer, der sich auf eine förmliche Verschleppung der Reform eingerichtet hatte, hat plötzlich in verhältnismäßig rascher Arbeit die Einteilung der Wahlkreise in Angriff genommen und sie bereits für vier Wochen erledigt. Soll auch nicht verkannt werden, daß diese Provinzen, Dalmatien, Salzburg, Nieder- und Ober-Oesterreich, als in Bezug auf ihre Bevölkerung ungleichmäßig nicht von den entscheidenden Gegenständen so betroffen sind, wie die nach der Erledigung hartenden Länder, so darf auch nicht übersehen werden, daß, indem die Kreise die Vermehrung der Mandate in diesen drei rein deutschen Ländern zugeben, sie das von ihnen bisher bestrittene Kompromiß des Kabinetts Höhenlos in sehr wichtiger Weise damit bekräftigen. Unter den Deutschen zeigten sich die Parteivorsitzenden betr. die Verteilung der Mandate ohne Bedenken.

Ein hohes Beispiel der Selbstlosigkeit hat gerade in diesem entscheidenden Augenblicke die Arbeiterschaft gegeben. Der Vertreter der Sozialdemokratie im Wahlreformausschuss, Dr. Adler, erklärte, daß er auf alle Verbesserungsvorschläge verzichte. Gerade in Wien ist die Arbeiterschaft vielfach beschäftigt, sind die bürgerlichen Quartiere der Stadt unerschütterlich reicher mit Mandaten ausgestattet als die proletarischen. Aber wie wenig auch die Sozialdemokratie mit der Wahlkreiseinteilung zufrieden sein kann, so will über alle Ungleichheiten und Inkonsequenzen im einzelnen hinwegsehen, um das große Prinzip der Gleichheit aller Wähler zu retten. Jeder Verbesserungsvorschlag des proletarischen Vertreters würde die Begehrlichkeiten und Wünsche der anderen steigern und so die Reform in die alten Mäntel zurückführen. Und es drängt die Zeit, Verzug bedeutet Gefahr. Verbesserungsversuche kann niemand genehmer als den Großgrundbesitzern, die sich zum Schutze ihres Privilegs gegen die Reform beschützen wollen. Was bedeutet die größten Schwierigkeiten zwischen den Wahlkreisen neben dem gegenwärtigen, wo 80 Großgrundbesitzer und 24 Kammerabgeordnete mit 9000 Wählern den 72 Abgeordneten der fünf Millionen Wähler der Arbeiterklasse gegenübersteht; wo die Gesamtheit der Wiener Arbeiter, noch dazu mit der gesamten übrigen Bevölkerung der Stadt, ebenso fünf Reichsratsabgeordnete wählt wie die 10 böhmischen Abgeordneten, wo die fünf Länder Rechte aus ihrer Mitte einen Abgeordneten ernennen und andererseits die 560 000 Einwohner von Wien ebenfalls einen Abgeordneten? Doch es so nicht weitergehen kann, hat sogar der Kaiser Franz Joseph eingesehen; vor einigen Tagen folgte er gelegentlich eines Empfanges zum Jungfestschen Kammerarsch:

Die Wahlreform muß zustande kommen. Nach der alten Wahlordnung kann überhaupt nicht mehr gewählt werden.

In der Tat hat sich die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit der bestehenden Wahlordnung so tief im Bewusstsein des Volkes verankert, daß Wahlen nach dem alten Modus einen der Revolution ähnlichen Charakter erzeugen müßten. Die Zustimmung und Erleichterung des arbeitenden Volkes in Westösterreich und der Schweiz in Galizien reden eine vernünftige Sprache. Sogar der Bureaucratie haben sie das Gehör geöffnet. Richter und Minister machen kein Geheimnis daraus, daß

sie das Schlimmste befürchten. Was aber steht dem Reformwerk im Wege? Sieht man von der Rinde der Großgrundbesitzer und der Gemeinheit der sogenannten antisemitischen Österreicher ab, so handelt es sich für die eigentlichen Träger der nationalpolitischen Bestrebungen bloß noch um geradezu lächerlich geringe Differenzen. In den Alpenländern streiten Deutsche, Slowenen und Italiener um je ein Mandat, das jeder für sich mehr wünscht und jeder andere ihm nicht gönnen will, ebenso in Böhmen Deutsche und Tschechen um je zwei Mandate. In Mähren wünschen die Tschechen zwei Mandate, die Deutschen, daß weder ihnen noch den Tschechen etwas zugegeben werde. Der Streit zwischen Polen und Ruthenen befruchtet sich auf theoretische Gegensätze. Man solle denken, das wäre doch gar nicht erst der Rede wert. Können sich die Nationen selbst über solche Käppereien nicht einigen, dann wäre es nach einem von sozialdemokratischer Seite gegebenen Rat das Beste, wenn alle Nationen sich jedesmal vereinigen, die Sonderwünsche jeder einzelnen abzulehnen.

Die Sozialdemokratie will sich aber nicht auf die sehr zweifelhafte Verunst der bürgerlichen Parteien verlassen. Die gewaltige Demonstration vor dem Wiener Rathaus, die am Sonntag etwa 40 000 Menschen zusammenrief, hat davon ein deutliches Zeugnis abgelegt. Die Arbeiter werden, führte Dr. Adler gleichzeitig in der Volksstunde des Rathauses aus, Ruhe halten, wenn der Wahlreformausschuss seine Pflicht rasch erfüllt. Aber das mögen sich die Herren Wahlrechtskenner nur nicht einbilden, daß sie durch Scheintätigkeit die Arbeiter einfließen werden! Die Reform muß vor den Sommerferien erledigt sein! Daran ist gar nicht zu denken, daß die Herren ihre Wäckerl genieszen könnten, wenn das Werk nicht getan ist. Dann wird trotz des guten Geschäftsganges nicht Profit verschluckt werden, sondern der Generalstreik erhält das Wort. Und den galizischen Entsegen der polnischen Junker wird der russische Schmittstreik verderben. Wer nicht hört, muß fühlen. Die Wahlreformverfeinde provozieren das Volk und bestreiten sich hinter die Bajonette, ihre einzige empfindliche Stelle ist der Geldbeutel; da muß man sie packen!

Das demonstrierende Wiener Proletariat zeigte feste Entschlossenheit und Kampfeslust und jubelnd bekräftigte es die Beschlüsse seiner Vertrauensmänner. Aber der dreitägige Generalstreik in Wien, der sofort proklamiert wird, wenn der Gang der Dinge im Wahlreformausschuss schleppend und ergebnislos wird, bedeutet nur eine Mahnung. Fruchtet sie nicht, so bricht auch allsobald der Sturm in ganz Oesterreich los. In allen Städten und Industriestädten wird der allgemeine Ausstand vorbereitet, man darf sagen, daß er mit geringen Ausnahmen überall wird glücklich ins Werk gesetzt werden können, um so mehr, als nach den Erfahrungen des letzten Jahres die passiven Widerstände der Eisenbahner genügt, um den Verkehr gründlich zu sperren, ohne die wirtschaftliche Existenz der Zugehörigen dieser außerordentlich wichtigen Organisationsgruppe irgend zu gefährden.

Nach der alten Wahlordnung kann nicht mehr gewählt werden! Im Munde der Arbeiter bedeutet das Wort die unerschütterliche Entschlossenheit zur Anwendung der äußersten Mittel.

Die Eisenbahndebatte im badischen Landtag

wird voraussichtlich die ganze Woche beanspruchen. Es sind bis jetzt noch über 20 Redner vorgemerkt. Heute sprach als erster Redner der Eisenbahnaminister, kurz und nichtsagend wie immer. Es

lingt wie blutiger Hohn, wenn vom Regierungssitz aus jetzt der „kleine Mann“ in Schutz genommen wird, wenn dieselben Leute, die sich nicht dazu aufraffen konnten, den Satz des Kilometerbestes zu verallgemeinern, sich als Vertreter des Prinzips der Gleichberechtigung gerieren.

Der Siedler vom Zentrum versuchte, so gut und so schlecht er es konnte, den Unfall seiner Partei zu maskieren. Die Rede Kolbs war ihm viel zu scharf. Im übrigen hat Herr Siedler lediglich bewiesen, daß es bequemer ist, mit den Argumenten der Regierung als gegen dieselben zu operieren. Was der Budgetpräsident über die höhere Eisenbahntarife Preußens sagte, war überaus lauter Jauber. Sehr treffend benutzte Abgeordneter Frank auf in einer längeren Rede die Situation. Mit durchschlagenden Beweisgründen widerlegte er das oberflächliche Gerede derer, die jetzt dem badischen Volke die preußische Tarifreform schmeichelt zu machen versuchen. Dann kam der Zentrumsbaron v. Wenkingen, der mit seinem Zahlenmaterial rein gar nichts bewiesen und gar nichts widerlegt hat. Doch Preußen eine höhere Eisenbahntarife und zwar zum Teil auf Grund schlechter Bezahlung seiner Beamten und Arbeiter erzielt, das brauchte uns Herr v. Wenkingen nicht erst durch statistisches Material zu beweisen; jedenfalls spricht das nicht für die geplante Tarifreform. Der nächste Redner ist Herr Dr. Bing. Man darf gespannt sein, wie er sich aus der gerade für ihn mißlichen Situation herausredet.

100. Sitzung.

Ein Blumenstrauch schmückt den Präsidentensitz. Präsident Widenz eröffnet nach 9 Uhr die Sitzung mit Worten des Dankes für den schönen Blumenstrauch und zugleich für die Unterstützung, die das Haus der Rechnung habe unterstützen lassen.

Minister v. Marquardt ist mit dem Abg. Kolb in dem Ball seines Vorgängers v. Brauer einverstanden, dessen Verdienst genügt die Einführung des Kilometerbestes sei. Er weist aber auch sagen, daß ihn v. Brauer ermächtigt habe, hier zu erklären, daß er mit dem Inhalt der Denkschrift begründet wird, einverstanden und daß er nicht geäußert hätte, im Interesse der Tarifreform das Kilometerbest zu sperren. Die Verwaltung müsse aber auch vor dem Vorwurf der bürokratischen Kleinlichkeit geschützt werden, denn mit Erfolg sei die Dezentralisation durchgeführt worden. Was das Kilometerbest betreffe, so liege der Hauptantrag desselben darin, daß es nicht im Einklang stehe mit dem besten Grundgesetz des modernen Staates: gleiche Rechte für alle! Vor allem aber müsse er mit Entschiedenheit die Angriffe auf Preußen zurückweisen; er müsse erklären, daß Preußen in der Frage der Reform sich nicht die geringste Pression erlaubt habe, daß es durchaus bundesfreundlich vorgegangen ist, wie es ja auch nur ein sekundäres Interesse an der ganzen Reform habe. Er bitte, der neuen Reform zuzustimmen, da sie der Allgemeinheit weit mehr entspreche, als das bisherige System.

Abg. Siedler (Zentr.): Die gezeigte Rede Kolbs sei eine maßlose, ohne Kritik gewesen, welche an Lieberkeit und Widerspruch gelitten, wie sie bei so ernster Beratung sich nicht ziemt. Auch der Vorwurf des Bürokratismus sei ein unzutreffender. Das Eisenbahnenwesen müsse mit weitem Blick geleitet werden und könne sich nicht richten nach den kaufmännischen Grundfäden eines Privatunternehmens. Der Betriebskoeffizient, auf den der Abg. Kolb so wenig eingegangen, werde immer das Barometer sein für eine richtige Leitung, ob die Ausgaben zu den Einnahmen im richtigen Verhältnis stehen. Die Hauptfrage sei die Tarifreform. Sehr mißbilligend sei auch die Einführung der Betriebsmittelgewalt, die eine Verschleppung des Güterverkehrs im Gefolge habe. Baden würde damit auch eine Million erparieren. Der Tarifreform habe man

nicht mit Durra zugestimmt, sondern nach der reichlichen Ueberlegung, wie ja auch die Gegner in der Kommission nicht ohne weiteres mit einem Nein gestimmt hätten. Rückwärts gehe man auch mit dieser Reform nicht, denn im Prinzip habe man den Zweckmäßigkeitsgründen bekommen, der dem größeren Teil des Volkes zugute komme und nicht zuletzt des Mittelstandes. Dem Schnellzugzuschlag stehe er nicht ohne weiteres ablehnend gegenüber, da in dem Schnellzug eine höhere Leistung geboten werde, die überall bezahlt werden müsse. Auch er hätte gewünscht, wenn die Reform auf der Grundlagedes Kilometerbestes geschaffen worden sei, daß sei dies leider unmöglich gewesen. Die Verprechung fürchte er nicht, wobei er doch hervorheben möchte, daß das Eisenbahnenwesen in Preußen durchaus nicht auf einem Tiefstand stehe. (Beifall.)

Abg. Frank (freis.): Der Grundgedanke „Zeit sei Geld“ sei leider in Deutschland noch nicht zur vollen Anerkennung gekommen, am wenigsten aber auf dem Gebiete des Eisenbahnenwesens. Das Danaergesicht der Tarifreform halte auch nicht Stand vor dem Worte „gleiches Recht für alle“. Die Hauptgefahr bestehe in dem Aufgeben unserer Selbstständigkeit, denn die Verwaltung gebe es auf, selbstständig Reformen zu ergreifen. Das badische Volk werde auffordern, wenn man das Kilometerbest ohne jedes Äquivalenz hingabe. Immer wieder sei zu bedauern, daß das badische Volk versäumt habe, das Eisenbahnenwesen unter die Gesetzgebung zu stellen und sich so jedes Einflusses zu begeben. Niemals habe die Eisenbahntarife ein besseres Geschäft gemacht, als 1890 mit der Einführung des Rabattkilo-meterbestes. Dasselbe wurde kurzerhand abgeschafft, weil es Preußen nicht verlangte, weil das preussische Junkertum nicht wollte, daß die Freizügigkeit in die Praxis überführt würde. Wenn Preußen an der ganzen Reform kein Interesse habe, warum leide es denn dann den Güterverkehr von Baden ab zugunsten der Reichslande? Nur um das Kilometerbest zu bekämpfen. Nicht nur das Kilometerbest werde vernichtet, vor allem unser ganzer jetziger Schnellzugverkehr. Und somit werde nicht nur weniger, sondern auch schlechter gefahren werden. Der kleine Handwerker, der kleine Kaufmann werde angefallen, auf der Bahn seine kostbare Zeit zu verbrüdeln — der beschleunigte Personenzug sei nicht viel mehr als ein Hofmannstropfen für einen Sterbenden. Die Vernetzung des Schnellzuges ließe sich rechtfertigen, wenn die Kosten für die Schnellzüge höhere seien, wie für Personenzüge; dieser Beweis könne aber nicht erbracht werden. Wenn die Schnellzugverfeinde nachgäben, so werde die volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigende Maßregel auch finanziell nicht einbringen. Das vermindere dem Eisenbahnwesen den Zweckmäßigkeit neben dem Kilometerbest einzuführen. Dem kleinen Mann könne man heute den Zweckmäßigkeit geben, ohne auf die Reform einzugehen. Der Eisenbahnrat sei heute tatsächlich keine Autorität und was die Handelskammern betreffe, so seien dieselben Vertreter des Großkapitals, ohne auf den Mittelstand besonders Rücksicht zu nehmen. Die Handelskammern hätten der Reform in einem Anfall von politischer Epilepsie zugestimmt, obwohl sie aufgefordert, dagegen zu stimmen. Aus allen diesen Gründen werde er dagegen stimmen, weil er nicht einen Verrat begehen wolle an der Menschheit des deutschen Volkes, an dem Mittelstand und an dem engeren Vaterland selbst. Bei den letzten Wahlen hätten sich auch die National Liberalen gegen eine solche Reform geäußert und den Kilometerbest als die äußerste Grenze betrachtet. Er möchte ihnen zurufen, dieser Reform nicht zugestimmen, die bei jeder Volksabstimmung fallen würde. (Beifall.)

Abg. v. Wenkingen (Zentr.) bringt einige Wünsche lokaler Natur vor, insbesondere auf den Wiesloch Bahnhof und auf das Anhalten eines Schnellzuges; auch der Bahnhof in Bruchsal bedürfte mancher Verbesserungen. Vor allem habe der Erbauer des Bahnhofs die Bedürfnisanstalten vergessen, so daß mitten auf der Straße eine Anfel der Bedürfnisanstalten errichtet werden müssen. Redner polemisiert sodann gegen die Abg. Frank, Prüll und Kolb und tritt für die Reformvorschlüge ein, die besonders auch für die Randbevölkerung von großem Nutzen seien.

Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr. Fortsetzung.

Kämpfer.

Ein Roman aus der neuen Dörfelwanderung von Max Wittich. (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.) Unschlüssig hastete Tobias mehrfach umher wie ein Bär in einsamer Nacht. Dann kam er zu einem Entschlusse: Er marschierte mit festem Schritte wie ein Kanonier an Wolfs Tür und Klopfe. Die harten Knöchel fielen auf das Holz wie stählerne Hämmer.

Frau Wolff kniete. Sie wollen zu Herrn Wolff? Treten Sie nur herein in sein Privatbureau, gleich durch, bitte! Wolff erhob sich und zog den Wauer auf den Boden.

Das ist hübsch, daß Sie kommen; viel Gutes kann ich Ihnen leider nicht sagen. Der Herr Tobias ist ein ganz dreihäufiger Streik, hören Sie! Was man ihm in ein Ohr hineinstupfert, geht zum anderen raus. Und er berichtet von der Ablehnung Dubians. Tobias blieb stumm. Sein starres Lächeln nur noch schließte auf die Stirne der Erregung, die der schwer Geprüfte in seinem Innern festzuhalten versuchte.

„Ja, mein lieber Tobias, wenn Ihnen sehr viel daran liegt, das Mädel unterzubringen, so will ich mich mal umsehen. Den Dubian schlägt euch bestimmt aus dem Kopfe. Er hat's auch zu einem genommen, daß Ihr ihm nichts geschäht, als er Soldat wurde. Uebrigens, was ich Ihnen damals fragen wollte: Seid Ihr denn dem anderen Menschen nicht aus Dach geflogen, der mit eurer Tochter zu tun gehabt hat? Das Mädel kann doch kein Bedauern machen, selbstverständlich.“

„Ich soll dem unreifen Menschen seine paar Beine abnehmen? Wir sollen uns die Hände waschen lassen, — ich oder mein Mädchen?“ Er richtete sich straff auf und umrallte die Leine des Tisches. Die Rut des im innersten Stolz ge-

trossenen selbstherrlichen Bauers hatte ihn aufs neue gepackt.

„Ihr's Geld soll so 'n Junge nachher sagen dürfen, der alte Tobias und Tobias' Enma hätten abgefunden sein? Ihr eine Hand voll Geld? Lieber will ich bis ans selbe Ende Krullen mit Salz fressen und dem Frauenzimmer das Genick umdrehen, ehe ich einen roten Pfennig bezahle nehmen täte. Phui Geier! Das merken Sie sich!“ Seine Stimme war heiserer und heiserer und in ihrer Ohnmacht, die ganze Empörung in die Kraft einiger Worte zu legen, noch sprechbarer geworden.

Er leuchtete, wankte an die Tür und ließ sie gegen den Rahmen krachen.

Frau Wolff rannte bleich hinter ihm her und schob dann den Kiesel vor. „Gott, daß er nur nichts anrichtet, der Mensch! Sie sank auf den Stuhl.“

„Er wird einen zu viel getrunken haben; ohne Schnaps können die Leute nichts machen!“ Tobias hielt sich noch am Treppengeländer. Sein schneller Blick argerte ihn schon; er hätte es der „Gesellschaft“ da drinnen ganz anders geben sollen! Solche Herrschaften sollten noch lange nicht Schindluder mit ihm spielen! Es war eben einer wie der andere: Ein großes Maul und nichts dahinter!

Dort, hinter seiner ersten Tür, wohnte ja auch so einer — K. Tobias, Tuchfabrikant!

Wie die Worte ihn praelerisch herausforderten. — Ihn, den alten Tobias, der das Geld für all die Herrlichkeit zusammengekratzt hatte. K. Tobias, Tuchfabrikant!

„Städtische Spitzbubenbande!“ schrie Tobias und die Stimme schnappte über.

„Städtische Spitzbubenbande!“ Frau Wolff umklammerte in Todesangst ihren Gatten und sah das Fenster auf und suchte rechts und links nach einem Polkisten.

„Man ist wahrhaftig seines Lebens nicht sicher bei so einem Menschen!“

Tobias huschte die Treppe hinab, und so ereigt er oben gewesen war, so scharf beobachtete er in dem Augenblicke, wie die Treppe abgelaufen und das Geländer wackelig geworden war, wie unten aus der Raum einen Finger breit geöffneten Kramladentür der Saum eines Rockes lugte, dem Fuße einer Pyramide gleich, und wie über deren Kopf noch der weißhaarige Schädel eines Mannes ragte.

Ja, er, der stille Tobias, hatte so arg spektakelhaft, daß die Leute hier gafften. Doch bereuen konnte er nicht. Noch darüber hätte er auftrumpfen sollen, damit allen Ausbewohnern des Alten Oberherrschast über Star klar würde.

Der alte Mann ließ fuchtelnd die Straße hinab, bis ihn eine Hand gelinde und doch fest am Arme packte. Er sah in die lebendigen Augen eines zufriedenen Gesichts und war ganz verblüfft darüber.

„Was rennt denn Ihr so, Tobias, wie ein Würstchenbinder? Ich habe schon gehandelt; der Wirt will die Kartoffeln bezahlen. Ihr kommt mal mitgehen in die Stadt und weret Groll verfliegen lassen. Ich seh's euch an, daß euch wieder mal was nicht recht ist.“

wohnte neue, die offene Vertraulichkeit, nun wohl. Das Gefühl der Verlassenheit hatte ihn empfänglich gemacht für die schmeichliche Art einer Schmeichlerin.

„Wenn sie der eine nicht nimmt, so will sie schon nochmal ein anderer!“ entfährt Marie wolt, deren weißlicher Instinkt den Grund zur Verflümmung des Bauern erraten hatte.

„Weinstwegen mög sie sich sauer und süß einlocken lassen!“ entgegnete er.

„Kommt Zeit, kommt Rat!“ lenkte Marie ein. Jetzt, wo er sich in ihre Pläne festgebissen hatte, wollte sie ihn allein handeln lassen.

Sie schritten über den Wauer zum Holperen in langen Zuge von der Ladestelle aus in die Stadt mit den qualmenden Schornsteinen.

„Was hier in die Luft fliegt, was das bloß für Geld kosten tut!“ meinte Tobias und schaute die Unzahl qualmender Schloten an.

Bevor Marie in einen Laden trat, um sich neue „Klunkern“ zu erhandeln, bummelten beide durch mehrere Straßen. Dann stand Tobias in dem Kleidergeschäft neben ihr und sprach nichts.

Erst als sie ihren Kleiderstoffs vor sich liegen hatte, griff er in den Geldbeutel und bezahlte: „Ich leg's immer aufs Rohn aus!“ sagte er, als habe er sich dem Verkäufer gegenüber zu entschuldigen; denn man mußte ihm ja, wie er meinte, an der Wappspitze sein Verhältnis zu Marie ansehen.

Auf der Straße schloß er sich wieder freier. Vor einer großen Auslage machte Marie abermals Halt.

„Seht hier, Tobias!“ rief sie. „Ist das eine Pracht! Und so feine Billig!“

Er blickte in ein Frauenmagazin mit verschiedensten Särgen.

„Seht den dahinter! Für das Geld kriegen wir ihn draußen halb so schön. Man meint, das Holz wäre nicht bezahlt mit so ein paar Groschen!“ (Fortsetzung folgt.)

Badische Politik.

Die Schulkommission

Der zweiten Kammer hielt gestern Abend eine Sitzung ab, um zu den Beschlüssen der ersten Kammer über die Volksschulvorsorge Stellung zu nehmen. Der Berichterstatter recapitulirte die von der ersten Kammer beschlossenen Änderungen, die in der Hauptsache darin bestehen, daß die Einrechnung der Lehrer in den Gehaltsstarif abgelehnt, die Zulageerhöhung verlängert und die Beiträge der Gemeinden erhöht werden. Das Maximalgehalt der etatmäßigen Hauptlehrerinnen soll gegenüber den Beschlüssen der zweiten Kammer um 200 Mk. erhöht werden. Die Kommission hat gegen die Beschlüsse der ersten Kammer erhebliche Bedenken, insbesondere hinsichtlich der Verlängerung der Zulageerhöhung. Eine Verenderung hinsichtlich der Gehaltsregulierung würde aber voraussichtlich das ganze Gesetz zum Scheitern bringen. Man müsse deshalb auch die größten Bedenken tragen, die Vorlage bei der gegenwärtigen Situation nochmals abzuändern und sie an die erste Kammer zurückzugeben. Man werde deshalb kaum anders können, als das Gesetz in der jetzt vorliegenden Fassung anzunehmen, um wenigstens die gebotenen Vorteile der Schule und der Lehrer zu erhalten. Es sei zu bestreuen, daß durch die jetzt beschlossene Fassung eine schwere Verunehrung in die Lehrkräfte hineingetragen wird.

Die Schulkommission beschließt mit Mehrheit, die Annahme der Vorlage in der von der ersten Kammer beschlossenen Fassung zu empfehlen.

Eichsheim in der Kammer.

Die Regierung wird die Interpellation der Abgg. Jürg und Genossen über die Vorgänge in Eichsheim beantwortet. Wie in einem Schreiben des Staatsministers v. Dusch an den Präsidenten Dr. Wilkens mitgeteilt wird, sind seitens des Bezirksrats Maßstäbe alsbald nach den Vorgängen vom 4. Mai d. J. die erforderlichen Maßnahmen zum Schutze des Lehrers in Eichsheim eingeleitet worden. Das Ministerium des Innern wurde um die Veranlassung weiterer Schutzmaßnahmen ersucht.

Die Konserbation und der Kanzelparagraph.

Die Abgg. Schmidt-Breiten, Bierich und Meiß brachten folgenden Antrag ein:

„Von § 16b des Gesetzes vom 19. Febr. 1874 über die Verenderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 9. Okt. 1860, die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate betref, wird Lit. a aufgehoben, ebenso § 16a des gleichen Gesetzes.“

Wader und die großherzoglich badische Sozialdemokratie.

In der schon erwähnten Versammlung des Bundesverbandes der badischen Zentrumspartei u. a.:

Es ist in letzter Zeit auf unserer Seite das Wort von der großherzoglich badischen Sozialdemokratie geprägt worden. Mit recht gutem Grunde! Wenn man mit Recht von großherzoglich badischen Nationalliberalen spricht, dann darf man so auch von den Sozialdemokraten sprechen. Sie sind ja ein Anhängel der Nationalliberalen und zwar ein Anhängel, das die Nationalliberalen Tag für Tag immer mehr in Abhängigkeit bringt.

Gegen die großh. badische Sozialdemokratie hat der Minister Schenkel in der zweiten Kammer am 31. Januar d. J. die sämtlichen Kanzelredner der Zentrumspartei geholt. Das sieht nicht aus wie eine Protektion der Sozialdemokratie, wenn man sie durch die politischen Anhänger Waders unschädlich zu machen sucht. Die schwarzen Staatsretter passen auch viel besser in die jetzige Regierungsmaschinerie wie die bekannten Proletarier, die — wieder nach Schenkel — kein ausgeprägtes Ehrgefühl besitzen.

Die Nationalliberalen in der Tarifreform vor und nach den Wahlen

Charakterisiert ein liberales Blatt, die Bad. Nachr., wie folgt:

Die Bad. Nachrichten haben sich in der letzten Zeit in einer Reihe von Artikeln entschieden sowohl gegen die Schmelzungsfrage betreffende Bestimmungen der geplanten Tarifreform, wie gegen die in die Eisenbahngesetzgebung der deutschen Bundesstaaten einschneidende und volkswirtschaftlich nachteilige Ausgestaltung der Tarifreform. Die Bad. Nachrichten teilen also genau das selbe, was die nationalliberale Partei vor den letzten Wahlen getan hat, als ihre Kandidaten hinausgezogen und den Wählern unter deren starkem Beifall erklärten, daß die nationalliberale Partei es nie und nimmer zulassen werde, daß dem badischen Volke die Bahnfahrpreise über den Kilometerheft hinauf vereruert

würden. Von manchen Abgeordneten, deren Wahlen wir persönlich mit anordneten, wurde dies noch extra unterfunden mit dem Hinweis auf die „unhöfliche Haltung“, welche das Zentrum gerade in dieser Frage einnehme. Als dann die nationalliberalen Abgeordneten plötzlich anderer Ansicht in der Tarifreform geworden waren, d. h. als sie zu den tarifverteuernden Vorschlägen der Regierung „Ja“ statt „Nein“ sagten, wie sie ihren Wählern versprochen hatten, machte die Bad. Landbesig. den — im Fall geforsamt mit. Dafür erklärte sie sich — als Äquivalent gegenüber ihren liberalen Lesern — mutig gegen die Kapitalartensteuer, wie dies auch der neue Führer der bad. Nationalliberalen im Landtag tat, aber ohne die politischen Konsequenzen aus dieser Gegnerschaft zu ziehen — genau wie es Herr Dr. Ding auch machte.

Das ist gewiß richtig, aber die Blätter vom Schlage der Bad. Nachr. kommen über das Schimpfen nicht hinaus. In solchen Fällen kann eben nur ein Wechsel in der parlamentarischen Vertretung der Partei helfen. Und da man sich dazu nicht aufraufen kann, gleich die ephemer Enttarnung der liberalen Provinzorgane dem bekannten Sturm im Wasserglas.

Auf dem außerordentlichen Delegiertentag der Jungliberalen, der am vorigen Sonntag in Karlsruhe die brennenden Tagesfragen besprach, äußerte Amtsrichter Kerner-Kastalt u. a.:

Er glaubt, daß der überwiegend große Teil der nationalliberalen Wählererschaft der geplanten Reform abhold sei. Bei den Wahlen sei immer gesagt worden, das Zentrum werde für eine Verschlechterung der Eisenbahntarife zu haben sein, alles mögliche sei versprochen worden und heute solle man einer Reform zustimmen, die keine sei. Der Fraktion könne der Beweis nicht erbracht werden, daß sie den Karren hineingefahren habe und daß durch das Zustandekommen der Reform in weiten Kreisen der Wählererschaft ein Mißmut genährt werde, der in drei Jahren trübe Folgen zeitigen werde. Die Jungliberalen müssen sich gegen die Folgen der Reform wehren, doch solle man nicht eine Sonderabteilung treiben, damit würde man nur dem Zentrum den größten Gefallen erweisen.

Die Herren Ding, Wilkens wissen schon, was sie ihren Wählern bieten können.

Die Jungliberalen und die Schulreform.

Folgende Resolution fand auf dem Delegiertentag der Jungliberalen Annahme:

Die Landesversammlung der Jungliberalen vereine die ablehrende Haltung der Regierung und der ersten Kammer gegenüber dem Beschlusse der zweiten Kammer, wonach die Lehrer in den Beamtengehaltsstarif in seiner jetzigen Fassung nicht unter C 5 eingereiht werden sollen. Der nationalliberalen Kammerfraktion bringe die Veranlassung das Vertrauen entgegen, daß sie nichts unberücksichtigt lasse, eine über die Beschlüsse der zweiten Kammer hinausgehende Veranlassung der Gemeinden mit den Kosten der Schulreform zu verbinden.

Woher auf einmal das Vertrauen zur nationalliberalen Kammerfraktion, wenn es in der Frage der Tarifreform so gründlich getäuscht worden ist?

Schutz der Persönlichkeit.

Man schreibt uns aus Bruchsal: „In der Nummer 134 des Volksfreunds vom 12. d. Mts. ist unter der Ueberschrift Der Schutz der Persönlichkeit ein Bericht über die Verhaftung des Bekannten Pallauf dahier enthalten, in welchem von der hiesigen Schutzmannschaft behauptet wird, durch dieselbe sei Pallauf, ohne weiteres wie der größte Verbrecher“ festgenommen worden, sowie „eine Veranlassung zu einem derartigen Vorgehen der Schutzleute habe nicht im mindesten vorgelegen“. Diese Behauptungen sind unwahr. Wäre ist vielmehr, daß von zuständiger Stelle der Schutzmannschaft eröffnet wurde, Pallauf habe ein schweres Sittlichkeitsverbrechen begangen und sei daher alsbald zu verhaften, wahr ist ferner, daß Pallauf sofort auf freien Fuß gesetzt wurde, nachdem von gleicher Stelle der Schutzmannschaft telegraphisch mitgeteilt wurde, Pallauf komme als Täter nicht in Betracht.“

Wir hatten unsere erste Meldung der Oberrhein. Korrespondenz entnommen.

Deutsche Politik.

Die blaue Postkarte stirbt am 1. Juli.

Es verläutet, die Erhöhung des Postkartenpreises im Stadt- bezw. Landbestellort, sowie die Erhöhung für das Porto von außerordentlichen Zeitungsbilagen tritt schon am 1. Juli 1906 in Kraft. Die Postkarte wird von 2 auf 5 Pfennige erhöht, so daß der frühere Zustand wiederhergestellt wird. Morgen wird sich der Bundestag mit dieser Angelegenheit endgültig befassen, worauf eine entsprechende Verordnung des Reichstags ergehen wird.

Mögen sich die kleinen Geschäftsleute und Gewerbetreibenden, denen ja so oft die Meinung seitens des Zentrums versprochen wurde, bei diesem Gedanken. Auf die Anregung des Zentrums in der Steuerkommission des Reichstags und durch die Nationalliberalen bei den Steuerabstimmungen ist die bezügl. Resolution drei Tage vor der Reichstagsberatung zu Stande gekommen.

Den Arbeitern, die heute noch dem Zentrum nachlaufen, könnten freilich schon längst die Augen aufgegangen sein, daß sie tagtäglich dreihundertmal vom Zentrum verraten werden.

Die Bilanz der Sozialer Polizei ist noch gründlicher, als sich nach den ersten Nachrichten betrie. die Aufhebung der Verfügungen annehmen liege. Denn die Kreisbauernschaft Pöhlau hat ihrer Entscheidung eine Begründung gegeben, die der Friede-Polizei-Stahtat sich nicht einmal hätte träumen lassen, zumal er bei einer früheren derartigen Aktion die Zustimmung dieser Behörde gefunden hat.

Die Kreisbauernschaft hat nämlich den guten Polizeimann dahin befehrt, daß nicht einmal seine Vorkaufungen in tatsächlicher Hinsicht richtig sind. „Das Polizeiamt geht“, so lautet die Entscheidung, „von der Annahme aus, daß der Streik erloschen sei. Diese Annahme ist irrig. Denn, wie aus den Akten des Polizeiamtes selbst zu ersehen ist, hat eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern hinsichtlich der Höhe des Stundenlohnes und der Dauer der täglichen Arbeitszeit noch nicht herbeigeführt werden können, vielmehr sind die Verhandlungen hierwegen noch im Gange. Solange aber eine Einigung nicht erfolgt ist, auch die Mehrzahl der in den Zustand getretenen Gewerbetreibenden in ihr früheres Arbeitsverhältnis noch nicht wieder zurückgekehrt ist, kann von einer Beendigung oder einem Erlöschen des Streiks nicht die Rede sein. Demgegenüber kann dem Umstände allein, daß ein großer Teil der bei hiesigen Baugeschäftsinhabern beschäftigt gewesenen Maurer abgereist ist, worauf das Polizeiamt seine Maßnahmen hauptsächlich stützt, ausschlaggebende Bedeutung nicht beigemessen werden.“

Nur weil schon aus den angeführten Gründen die Polizeiverfügung aufgehoben werden mußte, hat die Behörde noch eine weitere Bitte dem Herrn Stadtrat mit der Werbung überzogen: „Es könne dahingestellt bleiben, ob u. s. w.“ Ob „u. s. w.“ nämlich?

Ob bei dem gegenwärtigen Stand der Gefechung die Behörden überhaupt berechtigt sind, ein Streikkomitee deshalb polizeilich aufzulösen, bezw. die Auflösung durch Zwangsmaßnahmen zu erzwingen, weil der Streik beendet sei.

Die Fassung läßt zur Genüge erkennen, daß die Behörden diese Befugnis nicht haben, und diese Entscheidung ist um so bedeutungsvoller, als nicht der Kreisbauernschaft in Person (etwa gleich dem Bezirkskommandant in Baden), sondern das Kollegium der Kreisbauernschaft, d. h. ein Verwaltungsgremium die Gefällt hat.

Drei Jahre Gefängnis erzieht der Arbeiter Puffschütz von der Niederrhein. Strafkammer für etwas, was in vielen Ländern völlig straflos ist. Er soll sich nämlich der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben.

So lange das deutsche Volk duldet, daß eine fürstliche Beleidigung härter bestraft wird, wie jede andere Verleumdung, so lange es duldet, daß jeder auf fünf Jahre erkannt werden kann, mißbilligt es auf 2 Monate erkannt werden muß in solchem Maße, also wegen einiger unbedachter Worte, daß es kein Recht, sich als das Volk der Deiner, als ein Kulturvolk zu bezeichnen.

Ein Schwindel. Das Berliner Scharfmacherblatt, die Post, hatte behauptet, ein beim Postamt 25 in Berlin beschäftigte gewesener Briefträger habe amtliche Briefe unterschlagen und Berichte an das Polizeipräsidium nicht bestellt, sondern der sozialdemokratischen Parteiliste zur Verfügung gestellt. Natürlich hat den Schwindel die bürgerliche Provinzpresse mit Behagen aufgegriffen. Aber Lügen haben kurze Beine.

Der Vorwärts ist in der Lage, festzustellen, daß der in Frage stehende Briefträger Ende März in Untersuchungshaft genommen worden sei, und zwar, weil man ihn im Verdacht hatte, der sozialdemokratischen Partei Briefe oder Drucksachen übermitteln zu haben.

Die unterzeichnete Komitee ist zusammengesetzt um in einer größeren Versammlung ein Mittel zu beschaffen, um die Arbeiter der großen Zigarrenfabrik in der Provinz eine gewisse Anzahl von Qualifikationskassen unter die Hand zu bringen, die sich auf die verschiedenen Klassen der Arbeiter beziehen sollen. Die Arbeiter sollen sich durch die Kassenunterstützung nicht durch Erwerb von Unterhaltungsarbeiten für die Bekämpfung der Unruhen, ebenso die Einführung hoher Beiträge, täglich durch das rasche Anwachsen gerade berufsgesetzlicher Interessen es mit sich bringen, daß die Arbeiter der Provinz in einer Erhebung der Arbeiter der Deutschen Interesse hätten. Der Einwand, daß schlechter bezahlten Arbeiter nicht für eine Erhebung der Beiträge zu haben seien, wäre hinwiegend, weil gerade schlechter bezahlten Arbeiter an einer größeren Unterstützungsmöglichkeit der Organisation hätten. Es ist infolgedessen gefunde Auffassung, daß die Delegierten der Arbeiter entgegen den besser bezahlten Bauern der Provinz der Beiträge plaidierten.

Die Unterfuchung habe aber die billige Unterfuchung des Postboten und die Palflosigkeit der Unterfuchung ergeben. Darauf sei der Postbote am 29. Mai aus der Unterfuchung entlassen worden. Vor wenigen Tagen sei Anlage gegen ihn erhoben. Er ist lediglich beschuldigt, ein paar Briefe fälschlich drucken nicht bestell und bestellend sich eines Vergehens schuldig gemacht zu haben.

Von dieser Wichtigkeit sollte zu nehmen, wird die Provinz-Presse sich wohl nicht so beilegen, wie mit der Verbreitung der Post-Schwindelmotive.

XI. General-Versammlung des Verbandes der Brauereiarbeiter.

th. Köln, den 15. Juni 1906.

Die heutige Verhandlung dreht sich um die vorliegenden „Anträge“. Seitens mehrerer Justizstellen beantragt, den Namen des Verbandes in „Zentrumsländischer Brauereiarbeiter und verwandter Berufsleute“ umzuändern, was beabsichtigt abgelehnt werden soll. Eine äußerst lebhaft, teilweise etwas erregte Diskussion über die Anträge, die auf Erhöhung der Beiträge, auf Einführung der Beitragszahlung nach Klassen und auf das Unterfuchungsverfahren gerichtet sind.

Sahlein-Gannover vertritt den Standpunkt des Hauptverbandes, der eine Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. vorschlägt, was mit zweckmäßiger Begründung motiviert wird. Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen. — Bezüglich der Beitragszahlung nach Klassen, die durch den Antrag der Justizstellen beantragt wird, wird die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder für notwendig, ebenso der Erhöhung der Beiträge nach Klassen, welche auf schwere Kämpfe in der Zukunft zu führen ließe, ertheilt eine Beitragszahlung. — Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen. — Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen.

Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen. — Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen.

Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen. — Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen.

Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen. — Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen.

Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen. — Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen.

Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen. — Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen.

Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen. — Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen.

Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen. — Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen.

Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen. — Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen.

Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen. — Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen.

Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen. — Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen.

Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen. — Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen.

Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen. — Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen.

Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen. — Die Erhöhung der Beiträge von 1 Mk. auf 1 Mk. 50 Pf. für die Mitglieder und 25 Pf. für die weiblichen Mitglieder wird mit 22 Stimmen beschlossen.